

# STARKE PARTNERSCHAFTEN IN EINEM STARKEN EUROPA

20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhanges und fünf Jahre nach der Aufnahme ehemaliger Ostblockstaaten in die Europäische Union hätten wir eigentlich allen Grund, zu feiern. Stattdessen plagen uns Wirtschaftskrise und Europa-Skepsis. Die ÖVP als treibende pro-europäische Kraft ist besonders gefordert.



Mag. Theresa Philippi,  
LL.M., MAS ist Kandidatin  
der ÖVP für die Wahlen  
zum Europäischen  
Parlament.

[theresa.philippi@oevp-wien.at](mailto:theresa.philippi@oevp-wien.at)

Vor 20 Jahren fiel der Eiserner Vorhang, und erfreulicherweise geht das Foto, das unseren ehemaligen Außenminister und Europa-Pionier Dr. Alois Mock beim Durchschneiden des Stacheldrahtes an der ungarischen Grenze zeigt, in diesen Tagen erneut durch die Presse. Mittlerweile feiern wir aber auch schon den fünften Jahrestag des Beitrittes der zu Reformstaaten gewandelten ehemaligen Ostblockstaaten zur Europäischen Union. Die Vision eines endlich vereinten Kontinents in der großen Staatengemeinschaft ist zumindest teilweise Wirklichkeit geworden.

## 2009 ist nicht nur Europa-Wahljahr, sondern auch ein Jahr der Jubiläen und Gedenktage für Ereignisse der jüngsten Zeitgeschichte.

2009 ist nicht nur Europa-Wahljahr, sondern auch ein Jahr der Jubiläen und Gedenktage für Ereignisse der jüngsten Zeitgeschichte: Der Kongress der Europäischen Volkspartei Ende April in Warschau, an dem ich als Vertreterin der EVP Frauengruppe teilnahm, war eben diesen Gedenktagen gewidmet. Es hat mich sehr berührt, die Rede von Lech Walesa, dem einstigen Anführer der Gewerkschaft Solidarnosc und späteren Staatspräsidenten Polens, im Warschauer Kulturpalast zu hören und diesen mutigen Mann live zu erleben. Die Fernsehbilder vom Kampf der Danziger Werftarbeiter gegen das kommunistische Regime im Polen der 1980er Jahre haben mich als Jugendliche sehr beeindruckt und auf meiner Schultasche prangte damals ein Kleber der Solidarnosc – gleich neben dem Sticker der Schülerunion. Damals, als ich vierzehn war und hunderttausende Polen aus ihrem Land flüchteten, weil der gespenstische General Jaruzelski das Kriegsrecht ver-

hängt hatte, ließ ich mir nicht träumen, dass dieser „real existierende Sozialismus“ einmal Vergangenheit sein und ich im Kreise der Europäischen Volkspartei seines Untergangs gedenken würde. Lech Walesa dankte für die stehenden Ovationen, die wir ihm schon spendeten, bevor er zu reden begann, und war sich wohl bewusst, dass sein eigener Mythos ihn längst überragt. Walesa sprach die Schließung der Danziger Werft an und forderte die anwesenden Spitzenpolitiker auf, daraus eine Gedenkstätte für jene Bewegung zu machen, die zum Niedergang der Sowjetunion und des COMECON und zur Einführung von Demokratie und freier Marktwirtschaft im Osten und Südosten Europas geführt hatte. Eine offizielle Reaktion auf diesen Appell gab es nicht.

## Die EU-Flagge weht

Der Kulturpalast mit seinen weitläufigen Veranstaltungshallen, Sälen und Couloirs, den ich bei meinem ersten Besuch in Warschau vor 17 Jahren als hässliches und bedrohliches Symbol einer totalitären Gewaltherrschaft empfunden hatte, wirkte diesmal wie ein zierliches Gebäude im Zuckerbäckerstil auf mich, umgeben von zumindest gleich hohen neuen Büro- und Hoteltürmen, eingebettet in einen Park mit blühenden Bäumen und vom bräunlichen Schmutz der Abgase gereinigt.

Auf einer Seite des Turmes hängt eine riesige Europa-Fahne mit ihren 12 Sternen. Auf der anderen Seite standen Demonstranten – und protestierten gegen die Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union. Wie ein Kongressbesucher erzählte, sind einige von ihnen ehemalige Werftarbeiter, die nach der Schließung keine Arbeit mehr fanden.

Sind wir mit diesem Bild im Alltag eines (fast) vereinigten Europas angekommen? Müssen wir uns eben damit abfinden, dass es immer ein paar Menschen geben wird, die die große Idee des europäischen Friedensprojektes nicht schätzen, die die grundlegend positiven Auswirkungen der Staatengemeinschaft auf ihr eigenes Leben nicht erkennen können, die das Schlechte schärfer sehen, als das Gute?

Aus meiner Sicht lautet die Antwort auf diese Fragen „Nein“. Die Erfolge der letzten 50 Jahre, der Triumph der Freiheit über die Diktatur, die Verbesserung der Lebensbedingungen vieler Menschen sind zu kostbar, als dass wir sie nun aufs Spiel setzen und fragwürdige „Abrechnungstage“, wie sie von den Anti-EU-Hetzern in Österreich gefordert werden, unwidersprochen hinnehmen dürften.

### **Die EU hat ihre letzte große Erweiterung vor fünf Jahren auf der Ebene der „technischen Integration“ gut bewältigt.**

#### **Erweiterung und Vertiefung**

Vielmehr scheint eine Renaissance des Begriffspaars „Erweiterung und Vertiefung“, das die Europäische Gemeinschaft schon einmal, zu Beginn der 1990er Jahre, geprägt und bewegt hat, gekommen zu sein. Die EU hat ihre letzte große Erweiterung vor fünf Jahren auf der Ebene der „technischen Integration“ gut bewältigt. Twinning Programme mit Expert/innen aus den „alten“ Mitgliedstaaten, zu denen nun auch schon Österreich zählt, wurden durchgeführt, um sicherzustellen, dass die europarechtlichen Bestimmungen (in der EU-Fachsprache auch Rechtsbesitzstand genannt) auch in den Beitrittsländern korrekt umgesetzt und angewandt werden. Für Österreich eröffneten sich rasch neue Märkte, und das offensive Auftreten unserer Unternehmen bescherte uns eine Sonderkonjunktur, die uns von den ökonomischen Problemen unseres größten Wirtschaftspartners Deutschland weitgehend abschränkte.

Emotional scheinen die „alten“ Mitgliedstaaten die Süd-Ost-Erweiterung des Jahres 2004 jedoch noch nicht ganz verarbeitet zu haben. Es ist noch nicht gelungen, die Spielregeln für die Zusammenarbeit in einer Gemeinschaft von 27 Staaten in Form des Vertrages von Lissabon, der auch wesentliche Fortschritte im Bereich Demokratie und Menschenrechte beinhaltet, zu beschließen. Das eigentliche, viel tiefer gehende Projekt einer gemeinschaft-

lichen Verfassung für die Europäische Union wurde nicht angenommen. Die unterschiedlichen Bestimmungen in den einzelnen Mitgliedstaaten machen jede Vertragsreform zu einer europapolitischen Zitterpartie. Weitergehende Entwürfe, wie ein einheitliches Wahlrecht, europaweite Volksabstimmungen oder EU-weit kandidierende Parteien, treten in den Hintergrund.

#### **Antworten gefragt**

Im Vordergrund steht die Skepsis der Bürger/innen, das Desinteresse der Medien und Politiker/innen, die oftmals der Versuchung erliegen, wenig populäre Maßnahmen auf „Brüssel“ zu schieben, aber den ganzen Anteil an positiven Ergebnissen (inklusive der geldwerten EU-Förderungen) für sich und die eigenen Bemühungen zu reklamieren. Die Europäische Union gerät dadurch in die Rolle eines „Sündenbocks, der nicht zurückmeckern kann“ (Zitat Rudolf Bretschneider).

Welche Antworten können wir als europabegeisterte Kandidat/innen der ÖVP für die EU-Wahlen geben? Ich habe für mein Werbematerial den Slogan „starke Partnerschaften in einem starken Europa“ gewählt. Damit meine ich nicht nur die Partnerschaft zwischen Frauen und Männern, die im Vordergrund meiner ehrenamtlichen frauenpolitischen Arbeit steht. Es ist an der Zeit, das Schubladen-Denken zu überwinden und an vielen Stellen Partnerschaften zu bilden: zwischen Regionen und Bundesländern, zwischen Institutionen, vor allem aber auch zwischen dem Staat und den Bürger/innen. Wenn wir auf unserem Kontinent den großen Wurf der Wiedervereinigung geschafft haben, dann wird es uns auch gelingen, im Kleinen, in der täglichen Beziehungspflege Engstirnigkeit und Egoismus, aber auch Gleichgültigkeit und Trägheit zu überwinden.

Wir brauchen eine Kultur echter Beteiligung, die es den Bürger/innen ermöglicht, sich kurzfristig in Themen, Projekte und Entscheidungsprozesse einzubringen, rasch und effizient Informationen zu erhalten und Anregungen und Kritik wirksam zu äußern. Gerade in der ÖVP gibt es eine breite Schicht an politisch hochinteressierten, einsatzbereiten ehrenamtlich Tätigen, die oftmals auch Funktionen in der Partei bekleiden und mit komplizierten Strukturen und der Redundanz von formellen und informellen Besprechungen vertraut sind. Die weniger politisch Interes-

sierten, die sich aufgrund persönlicher Betroffenheit zu einzelnen Themen äußern oder in einzelne Projekte einbringen möchten, schreckt diese Kultur oftmals ab.

Diskussionsveranstaltungen, Webforen und Newsletter sind taugliche Instrumente, um Bewegung in Erstarrung zu bringen. Das Europäische Parlament hat mit seinen mobilen Bürgerforen ein neues Dialogformat geschaffen, Kommissionspräsident Barroso fordert auf, ihm via Internet die Meinung zu sagen ([www.tellbarroso.eu](http://www.tellbarroso.eu)).

### ***Die aktuelle Wirtschaftskrise kann mehrfach genützt werden, um neue Bewegung in unsere EU-skeptische und oftmals starr gewordene Gesellschaft zu bringen.***

Ebenso wichtig scheint mir jedoch die Haltung der in Politik und Verwaltung Tätigen zu sein, proaktive Meinungsäußerungen nicht als Störung, sondern als wertvolle Informationsquelle zu betrachten und zu behandeln. In Planung und Projektmanagement muss es Respekt vor dem Willen und dem Wissen der Betroffenen geben, weil sie eine andere Perspektive und andere Interessen und Bedürfnisse haben, die nicht verloren gehen sollten.

Die aktuelle Wirtschaftskrise kann mehrfach genützt werden, um neue Bewegung in unsere EU-skeptische und oftmals starr gewordene Gesellschaft zu bringen. Notwendige und wichtige Instrumente wie die EU-weite

Aufsicht über die Finanzmärkte oder die Regulierung der Arbeit von Rating-Agenturen sind bereits ausgearbeitet, was zeigt, dass die EU handlungsfähig und kompetent ist. Weitergehend müssen wir uns um neue Formen des sozialen Ausgleichs und der Partnerschaftlichkeit bemühen.

#### **Partnerschaftlich gestalten**

Die Europäische Volkspartei beschäftigt sich in ihrem Grundsatzdokument für die Wahlen zum Europäischen Parlament mit der demografischen Entwicklung. Um der Überalterung unseres Kontinents und der dramatisch sinkenden Geburtenrate zu begegnen, braucht es eine neue Partnerschaftlichkeit zwischen Männern und Frauen, was die Aufteilung von Familienarbeit und Erwerbsarbeit, die Teilhabe am öffentlichen und die Verantwortung für das private Leben betrifft.

Ich setze mich daher besonders für eine partnerschaftliche Gestaltung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft durch Frauen und Männer ein, weil ich hoffe, dass wir bald in einer Welt arbeiten und leben, in der es keinen Konflikt mehr zwischen familiärer und beruflicher Arbeit gibt, weil beide als natürliche Phasen im Leben von Männern und Frauen verstanden werden. Mit dem Modell „Lebensphasen statt Rollenbilder“ will ich zu einer Politik der Ermutigung beitragen – denn oftmals ist es nur das kurzfristige „Entweder-oder“-Denken, das uns in (vermeintlichen) Konflikten stecken bleiben lässt, statt unsere Handlungsmöglichkeiten zu nützen und zu erweitern. ■